



Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at

GZ: R SNE G 01/25

Datum 10.05.2025

Unser Zeichen

Bearbeiter/in

Tel

E-Mail

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Zum Inhalt des Entwurfs:

Im vorliegenden Verordnungsentwurf wird eine Neubestimmung der Tarife für das österreichische Gas-Fernleitungsnetz im Marktgebiet Ost implementiert. Dies ist notwendig, da es auf Ebene der Gas-Fernleitungen mit der aktuellen Regulierungsperiode zu grundlegenden Änderungen gekommen ist: Erstens ging das Mengenrisiko mit der aktuellen Regulierungsperiode von den Netzbetreibern zu den Netznutzer:innen über, zweitens wurde die Tarifierungsmethode (Referenzpreismethode) selbst novelliert. Die Tarife werden daher in der aktuellen Regulierungsperiode jährlich aktualisiert. Als Folge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich erstens die Gasflussrichtung durch die österreichischen Gas-Fernleitungen stark geändert. Zweitens kam es zu einem massiven Einbruch der transportierten Gasmengen durch Österreich, da der Gastransit stark zurückgegangen ist. Als Resultat müssen die österreichischen Gasnetznutzer:innen nun einen größeren Anteil an den Kosten der Gas-Fernleitungen tragen. Die für die österreichischen Gasnetznutzer:innen maßgeblichen Entgelte für den Exit in das Verteilergesamt werden im vorliegenden Verordnungsentwurf daher um € 0,83 je Kilowattstunde pro Stunde (kWh/h) erhöht, das entspricht einer Steigerung von rund 66 %. Beim Exit in das Verteilergesamt Kärnten beträgt der Anstieg € 3,05 je kWh/h (entspricht einer Steigerung von ebenfalls rund 66 %). Bei den Entry-Entgelten kommt es weiters zu einer Verdoppelung. Eine leichte Entspannung gibt es hingegen bei den mengenbasierten Entgelten. Die Novelle der Gas-Fernleitungsnetzentgelte erfolgt getrennt von der Novelle der

Netzentgelte auf Ebene der Verteilernetze, da die Fernleitungsentgelte für die die ab Sommer möglichen Kapazitätsbuchungen feststehen müssen.


Weiters werden mit dem vorliegenden Entwurf die sonstigen Entgelte für die Trennung von Hausanschlüssen stärker nach den örtlichen Gegebenheiten (etwa die Beschaffung des Untergrunds) differenziert. Außerdem erfolgt eine Indexanpassung sämtlicher sonstiger Entgelte.

Die wichtigsten Punkte aus Sicht der BAK:

- Die Zukunft der Gasnetze ist von großen Herausforderungen geprägt. Durch die Dekarbonisierung des österreichischen Energiesystems wird es dort zu grundlegenden Veränderungen kommen. Teil dieser Veränderungen ist, dass das Gasnetz über eine immer geringere Nutzung finanziert werden muss. Dies führt dazu, dass die spezifischen Netzentgelte, die von den einzelnen Netznutzer:innen getragen werden müssen, steigen werden. Die Entgeltanstiege der letzten Jahre, aber auch des aktuellen Jahres sind die ersten Vorboten dieser Veränderung. Gleichzeitig ist künftig nicht nur mit einer sinkenden Netznutzung zu rechnen, sondern auch mit weiter steigenden Kosten, etwa durch den Biogasausbau.
- Aus Sicht der BAK ist dabei besonders problematisch, dass viele Haushalte nicht aus eigenem Antrieb aus dem Gasnetz aussteigen können. Dies gilt insbesondere für Mieter:innen oder für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Sie wären von künftigen Entgeltsteigerungen am stärksten betroffen.
- Die diesjährigen Entgeltsteigerungen auf Ebene der Gas-Fernleitungen sind verglichen mit den Steigerungen des Vorjahres zwar geringer. Doch ist der Anstieg bei den Exits ins Verteilernetz mit 66 % dennoch gewaltig. Die genauen Auswirkungen auf die Entgelte für die Endkund:innen werden erst im Herbst mit der Novelle der Entgelte auf Ebene der Verteilernetze abschätzbar sein. Dennoch sieht die BAK die Entgeltsteigerungen äußerst kritisch. Denn sie stellen eine zusätzliche Belastung für die krisengebeutelte österreichische Wirtschaft und die österreichischen Haushalte dar. Diese müssen neben steigenden Gasnetzentgelten auch steigende Stromnetzentgelte und im internationalen Vergleich insgesamt höhere Energiekosten stemmen. Außerdem ist zu erwarten, dass die höheren Entry-Entgelte teilweise über einen höheren Gaspreis an die Endkund:innen überwältzt werden.
- Die Anpassung der Entgelte für sonstige Leistungen, insbesondere die Differenzierung der Entgelte für die Trennung von Gasanschlüssen, ist aus Sicht der BAK nachvollziehbar. Aus ihrer Sicht wird damit eher dem Prinzip der Verursachergerechtigkeit entsprochen und es müssen weniger Kosten sozialisiert werden. Gleichzeitig führt dieses Vorgehen aber dazu, dass die spezifischen Kosten für den Gasausstieg ansteigen.

- Aus Sicht der BAK zeigt dies insgesamt, dass in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, aber auch auf die Regulierung der Gasnetze der Handlungsdruck steigt. Aus Sicht der BAK müssen die europäischen Vorgaben des Gasbinnenmarktpakets schnellstmöglich umgesetzt werden – insbesondere in Bezug auf die Wärmeraumplanung und Gasnetzstilllegung. Auf Ebene der Gasfernleitungen braucht es vor allem einen Plan für die Umwidmung der Gasleitungen zu Wasserstoffleitungen. Denn der Rückgang der Transitmengen führt dazu, dass die Fernleitungen teils nicht mehr im selben Ausmaß für den Gastransport gebraucht werden.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

	Unterzeichner	Bundesarbeitskammer
	Datum/Zeit-UTC	2025-05-10T15:16:17Z
	Prüfhinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat gemäß § 20 E-Government-Gesetz die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.